

Private sollen Klima retten

Treibhausgase In Zeiten knapper Staatsfinanzen suchen die EU-Länder mehr private Gelder für den Klimaschutz

VON FABIAN FELLMANN, BRÜSSEL

Das Ziel ist klar, der Weg auch: Die Durchschnittstemperatur soll weltweit um höchstens 2 Grad steigen, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern. Dafür müssen die Menschen weniger schädliche Gase in die Atmosphäre ausstossen als bisher.

Nach mehr als zwei Jahrzehnten internationalen Klimaschutzes stimmt der Kurs jedoch noch nicht, wie der französische Präsident François Hollande diese Woche in einem flammenden Appell festhielt. Die Klimakrise sei auch «eine Sinnkrise» der Menschheit, sagte Hollande, in dessen Land im Dezember die nächsten Klimaschutzverhandlungen unter Schirmherrschaft der UNO stattfinden.

In den anderen europäischen Hauptstädten wird die Klimakrise derzeit aber weniger als Sinn- denn vielmehr als Finanzkrise wahrgenommen. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder haben sich zwar im Oktober vergangenen Jahres das ambitionierte Ziel gesetzt, den eigenen Ausstoss an Klimagasen bis 2030 um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken.

5000 Milliarden bis 2020

Damit ist es aber nicht getan. Während der Ausstoss der Klimagase in den westlichen Entwicklungsländern stagniert bis sinkt, wächst er in Entwicklungs- und Schwellenländern weiter. Die Umweltminister der 28 EU-Länder diskutieren darum derzeit in Luxemburg darüber, wie sie auch den Entwicklungsländern helfen können. Weltweit wurden im vergangenen Jahr knapp 300 Milliarden Euro für den Klimaschutz ausgegeben. Doch die Internationale Energieagentur schätzt den Investitionsbedarf bis 2020 auf gegen 5000 Milliarden Euro.

Dass in Zeiten knapper Staatsfinanzen dieses Geld nicht allein aus Staatskassen kommen kann, ist selbstverständlich. Schon bisher haben Privatinvestoren aus Industrieländern bis zu dreimal so viel Geld in den Klimaschutz in Entwicklungsländern gesteckt wie die öffentliche Hand. Diesen Anteil wollen die Europäer nun noch einmal erhöhen und ihre beschränkten Gelder effektiver einsetzen. Sie wenden sich darum langsam von der direkten Subventionierung von Klimaprojekten ab. Vielmehr versuchen sie, für Investoren zu wenig attraktive Projekte interessanter zu machen, indem mit öffentlichen Geldern gezielt einzelne Hürden aus dem Weg geräumt werden. Dasselbe Prinzip verfolgt die EU auch mit einem Investitionspaket namens Juncker-Plan, der bis zu 315 Milliarden Euro in die europäische Wirtschaft pumpen soll.

Zur Diskussion steht etwa, dass die Steuergelder lediglich als Sicherheiten dienen, was die Zinskosten auf privaten Krediten senkt. Ähnlich könnten Steu-



Sonnenuntergang über einem Kohlekraftwerk im Ruhrgebiet: Der Ausstoss von CO₂ muss reduziert werden.

HANS BLOSSEY/IMAGEBROKER/KEYSTONE

VOR DER KLIMAKONFERENZ IN PARIS

Schweiz schiebt beim Klimaschutz ins Ausland

Der Bundesrat hat für die Schweiz als Ziel definiert, dass der Ausstoss von Treibhausgasen bis 2030 um 50 Prozent sinkt. Allerdings müssen nur 30 Prozent in der Schweiz selbst vermieden werden, 20 Prozent sind durch Klimaschutzprojekte im Ausland möglich. Diese Regelung kommt der Schweizer Wirtschaft entgegen: Im Ausland dürften die Ziele mit weniger Geld zu erreichen sein. Die EU plant mit 40 Prozent Reduktion bis 2030 - allerdings will sie das komplett innerhalb der EU umsetzen. Der Bundesrat argumentiert unter anderem da-

ergelder für risikoreiche Teile eines Klimaschutzprojekts eingesetzt werden, damit das Gesamtrisiko für private Investoren kleiner wird. Ziel sei es, die wirtschaftlichen Gelegenheiten zu nutzen, welche der Übergang von einer öl-, gas- und kohleabhängigen Wirtschaft zu klimafreundlichen Produktionsmethoden und Lebensstilen bietet,

mit, dass die Treibhausgas-Emissionen in der EU pro Kopf um fast die Hälfte höher liegen als in der Schweiz, wodurch auch das Sparpotenzial höher ist. Europa insgesamt kommt beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle zu. In den USA wehren sich vor allem die Republikaner heftig gegen entsprechende Massnahmen. Zusammen mit China haben sie die letzte Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 scheitern lassen. Ein ähnliches Debakel soll in Paris nicht mehr passieren. Bisher hat es Frankreich aber nicht geschafft, dass alle Länder verbindliche Ziele öffent-

lich bekannt gegeben haben. Die Entwicklungs- und Schwellenländer verlangen finanzielle Hilfe von den Industriestaaten. Die jedoch pochen darauf, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer selbst aktiv werden. Trotz der schwierigen Interessenlage wählten sich französische Diplomaten nach einem zweitägigen informellen Ministertreffen von Anfang Woche auf der Zielgeraden. Sie wollen einen Rahmenvertrag abschliessen, welcher alle Unterzeichner auf Klimaziele verpflichtet. Diese Ziele sollen zudem alle fünf Jahre überprüft und verschärft werden. (FFE)

ter Seitenhieb gegen die Neuerungen am EU-Emissionshandel, welche die EU-Kommission vor einer Woche vorgeschlagen hat.

Es gibt zu viele Zertifikate

Firmen, die Treibhausgase ausstossen, müssen dafür eine Art Bewilligung in Form von Zertifikaten kaufen. Wegen

der Wirtschaftskrise stehen jedoch zu viele Zertifikate zur Verfügung; der Preis beträgt darum nur ein Fünftel dessen, was die EU ursprünglich erwartet hatte. Nun will die Kommission nur noch an 50 statt 177 Industriesektoren Gratis-Zertifikate vergeben, alle anderen müssen sich ihre Bewilligungen ersteigern. Nur will die EU dabei nicht riskieren, dass Unternehmen ins Ausland abwandern. Während etwa Weinbauern oder Gemüseproduzenten künftig ihre Bewilligungen kaufen müssen, gilt das für die Schwerindustrie oder etwa die sehr energieintensive Zementproduktion nicht.

Würden diese ihre Produktion in Länder mit weniger strengen Regeln verlegen, werde das Klima sogar zusätzlich geschädigt, argumentieren Industrievertreter. Für diese Behauptung fehlten jegliche Belege, wenden Umweltschützer ein, welche den Emissionshandel der EU hart kritisieren. «Nach mehr als einem Jahrzehnt fehlen dem wichtigsten Klimaschutzinstrument der EU immer noch die Zähne, damit Verschmutzer zahlen müssen und der Ausstoss an Treibhausgasen sinkt», sagte etwa Femke de Jong von Carbon Market Watch.

Ai Weiwei darf wieder ins Ausland reisen

China Nach mehr als vier Jahren hat der Künstler seinen Pass zurückbekommen - jetzt will er seinen kleinen Sohn besuchen

VON FELIX LEE, PEKING

Massenverhaftungen von Bürgerrechtsanwälten, ein Sicherheitsgesetz, das jeden Bürger unter Generalverdacht stellt - derzeit geht die chinesische Führung mal wieder besonders unerbittlich gegen ihr nicht genehme Kritiker vor und versucht sie einzuschüchtern. Zumindest für einen der prominentesten Regimekritiker gibt es aber auch mal eine gute Nachricht: Ai Weiwei hat seinen Reisepass zurückerhalten.

Der 58-Jährige veröffentlichte gestern Mittwoch beim Online-Fotodienst Instagram ein Bild von sich und seinem Pass und schrieb: «Heute habe ich meinen Pass bekommen.» Eine Mitarbeiterin seines Künstlerateliers bestätigte die Rückgabe. Damit darf Ai das erste Mal nach mehr als vier Jahren wieder das Land verlassen. Als Erstes will er nach Berlin reisen und dort seinen sechsjährigen Sohn Ai

Lao besuchen. Polizisten hatten Chinas berühmtesten zeitgenössischen Künstler im Frühjahr 2011 auf dem Peking Flughafen festgenommen und für 81 Tage an einem bis heute unbekanntem Ort in Einzelhaft gesteckt. Die Festnahme löste weltweit einen Proteststurm aus. Erst Monate später warfen die Behörden ihm Steuerhinterziehung vor. Das Studio des Künstlers musste umgerechnet rund 2,2 Millionen Euro zahlen. Zudem erteilten die Behörden ihm Hausarrest.

Einladungen zum «Teetinken»

Ai Weiwei wird seitdem auf Schritt und Tritt bewacht. Zudem laden Beamte ihn regelmässig zum «Teetinken» ein - in der Volksrepublik ein Synonym für Verhöre. Der Hausarrest wurde zwar nach einigen Monaten stillschweigend aufgehoben, seinen Pass händigten die Behörden ihm je-



«Heute habe ich meinen Pass bekommen.»
Ai Weiwei auf Instagram

doch auch weiterhin nicht aus. Den Mund liess sich Ai trotz der Repressalien und Einschüchterungsversuche auch weiter nicht verbieten. Vor zwei Jahren machte er aus seiner Forderung nach der Rückgabe seines Passes Kunst. Jeden Morgen steckte er frische Blumen in den Korb eines Fahrrads vor seinem Haus. Auf Twitter teilte er damals mit, dass er das so lange machen werde, bis er wieder ungehindert reisen dürfe. Gestern schrieb Ai, diese Aktion habe mehr als 600 Tage gedauert.

Überraschend kommt die Rückgabe seines Passes für Ai Weiwei aber nicht. Erst vor zwei Wochen deutete er in einem Gespräch mit der «Nordwestschweiz» an, dass dieser Schritt schon bald erfolgen könnte. Ai berichtete, dass seit etwa einem Jahr ein Sicherheitsbeamter für ihn zuständig sei, der sehr viel freundlicher sei. «Der Tonfall hat sich sehr verändert», sagte Ai.

NACHRICHTEN

SYRIEN

US-Armee tötet Top-Terroristen

Die US-Armee haben erneut einen international gesuchten Top-Terroristen getötet: Bei einem Militärschlag in Syrien sei der Chef der Terrorgruppe Chorasani, Muhsin al-Fadli, ums Leben gekommen, teilte das Pentagon mit. Chorasani ist eng mit der Al-Nusra-Front verbunden, dem syrischen Ableger des Terrornetzwerks al-Kaida. (SDA)

TÜRKEI

Erneut Krawalle nach Attentat von Suruc

Nach dem Anschlag in der türkischen Stadt Suruc gab es in mehreren Grossstädten erneut Zusammenstösse zwischen Regierungskritikern und der Polizei. In Istanbul warfen Demonstranten Präsident Erdogan vor, die Terrormiliz Islamischer Staat zu unterstützen. (SDA)